#SOZIALPOLITIK #RENTE

SPD-Rentenprogramm: Richtige Schritte schließen Gerechtigkeitslücken und machen Rente zukunftsfester

Die EVG hat das Rentenprogramm der SPD als „richtige Schritte zu mehr Rentengerechtigkeit“ begrüßt.

Die für die Sozialpolitik zuständige stellvertretende EVG Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba bestärkte die Partei in ihren Plänen, das Rentenniveau, auch nach dem Jahr 2030, nicht weiter absinken zu lassen. „Bei den heutigen 48 Prozent muss Schluss sein! Es ist richtig und wichtig, dass die SPD mit diesem Schritt die Altersarmut bekämpfen will.“ Damit würde die Partei eine der Kernforderungen der DGB Gewerkschaften erfüllen, so Rusch-Ziemba weiter.

Sie begrüßte ausdrücklich, dass die Partei sich klar gegen eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze ausgesprochen hat. Rusch-Ziemba unterstrich: „All diejenigen, die ein Renteneinstiegsalter von 70 oder 72 Jahren fordern, machen eine Politik gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Daher begrüßen wir die klare Aussage der Partei, dass es diese Politik mit ihr nicht geben wird.“

> *„Es ist richtig und wichtig, dass die SPD mit diesem Schritt die Altersarmut bekämpfen will.“*
>
> *Regina Rusch-Ziemba, Stellvertretende EVG-Vorsitzende*

Positiv bewertete die EVG Vize Chefin auch das klare Bekenntnis der SPD, die gesetzliche Rente durch Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung weiter steigert, zu stabilisieren. „Die Erwerbstätigkeit von Frauen muss erhöht werden. Dies wird nur mit einer kinderfreundlicheren Infrastruktur und familienfreundlicheren Lebensarbeitszeitmodellen funktionieren“, betonte Rusch-Ziemba. „Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem flächendeckenden Ausbau der Ganztags- und Randzeitenbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im Rahmen von Wahlarbeitszeit und Anspruch auf befristete Teilzeit sind die richtigen Schritte um dies zu erreichen.“

Ausdrücklich begrüßte die stellvertretende EVG Vorsitzende das klare Bekenntnis der SPD zur Stärkung und zum Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge. „Richtig ist, dass in dieser Legislaturperiode die betriebliche Altersvorsorge durch den Gesetzgeber gestärkt worden ist. Um diese wichtige Säule weiter zu stärken, braucht es eine höhere Förderung durch den Staat. Nur dann werden wir die Altersarmut wirksam bekämpfen.“